

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

9.4.1924 (No. 85)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Herausgeber:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. M. E. n. b.,
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, Zwangs- oder sonstiger Verweigerung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperre, Ansperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder telephonischer Abseilung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen.

Amtlicher Teil

Staatliche Grund- und Gewerbesteuer 1924

Durch Gesetz vom 27. März d. J. ist bestimmt, daß die direkten und indirekten Steuern, die in den Monaten April bis mit September 1924 zum Einzug kommen, nach den 3. Zt. geltenden Gesetzen und Steuerföhen zu erheben sind. Um Mißverständnisse zu vermeiden, wird bezüglich der Grund- und Gewerbesteuer 1924 darauf hingewiesen, daß eine Forterhebung der 3-15fachen Zuschläge zu diesen Steuern, die nach dem Gesetz vom 14. Dezember 1923 auf Ende Dezember 1923 sowie Januar und Februar 1924 zu entrichten waren, nicht in Frage kommt; die Verpflichtung zur Zahlung von Steuerrückständen dieser Art wird jedoch dadurch nicht berührt. An Grund- und Gewerbesteuer für 1924 sind nur die Beträge voranzuzahlen, die durch das Notgesetz vom 3. März d. J. festgesetzt worden sind. Näheres hierüber ist durch eine eingehende Zeitungsnotiz vor kurzem bekannt gegeben worden.

Die konsularische Vertretung Argentinien

Die argentinische Regierung hat Herrn E. Federico Nord zum Vizekonsul für das Land Baden mit dem Amtssitz in Karlsruhe ernannt. Er ist einstweilen zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

* Die bayerischen Landtagswahlen

Sobiel wir sehen, macht die deutsche Presse in ihren Besprechungen der bayerischen Landtagswahl den Fehler, daß sie einen absoluten Vergleich zieht zwischen dem Wahlergebnis des 6. April 1924 und dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920, d. h. sie berücksichtigt nicht die Tatsache, daß in den Ziffern vom Jahre 1920 die pfälzischen Stimmen enthalten sind, während sie jetzt bekanntlich fehlen, da man in der Rheinpfalz erst am 4. Mai, also zugleich mit der Reichstagswahl für den bayerischen Landtag wählen wird.

Um es an einem praktischen Beispiel klar zu machen: man kann nicht sagen, die Sozialdemokraten, die jetzt etwa 434 000 Stimmen erhielten, gegenüber 486 500 mehrheitssozialdemokratischen Stimmen im Jahre 1920, hätten etwa 53 000 Stimmen verloren. Denn bei einer solchen Berechnung wird außer Acht gelassen, daß zu den 434 000 Stimmen noch diejenigen hinzu zu zählen sind, die am 4. Mai in der Rheinpfalz auf die Sozialdemokratie entfallen werden. Viel richtiger wäre es, den prozentuellen Anteil der Sozialdemokratie an den abgegebenen Stimmen festzustellen. Doch ist der Prozentsatz der Wahlbeteiligung noch nicht genau festgestellt.

Solange nicht das Ergebnis aus der Rheinpfalz bekannt ist, wird man jedenfalls mit völliger Zuverlässigkeit überhaupt nicht angeben können, wieviel diese oder jene Partei verloren hat. Schätzungsweise sind es immerhin ca. 400 000 Stimmen, die in der Pfalz abgegeben werden. Und sie müßten auf die einzelnen Parteien verteilt werden. Es würde sich dann zeigen, daß im Vergleich mit dem Wahlergebnis vom 6. Juni 1920 einzelne Parteien doch nicht so schlecht abgeschnitten haben, wie es anfangs den Anschein hatte.

Die Rheinpfalz war bisher im bayerischen Landtag vertreten durch 5 Volksparteiler (Bayerische Mittelpartei), 4 Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei, 4 Sozialdemokraten, 2 Demokraten und 1 Unabhängigen. Wenn es auch in der Rheinpfalz einige Verschiebungen geben wird, so werden sie doch zweifellos nicht so schwerwiegend sein, wie im rechtsrheinischen Bayern. Man kann also wohl ungefähr damit rechnen, daß den Sozialdemokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei noch ein unter Umständen recht ansehnlicher Zuwachs erlitten wird. Kommunisten und Deutschvölkische werden aber natürlich auch ihrerseits durch das pfälzische Wahlergebnis noch etwas verliert werden.

Bei einer vorläufigen Schätzung kann man unter Berücksichtigung des etwa für die Pfalz zu erwartenden Wahlergebnisses damit rechnen, daß Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen — von den Unabhängigen ist ja nicht mehr die Rede — im Vergleich zum Jahre 1920 doch etwa 100—120 000 Stimmen verlieren werden. Doch wird es lediglich der radikale Flü-

gel, der sich früher unabhängig nannte und jetzt kommunistisch ist, sein, welcher diese Einbuße zu tragen hat. Der rechte Flügel dagegen wird offenbar mehr Stimmen erhalten, als die Mehrheitssozialdemokratie am 6. Juni 1920 errang. — Auch bei der Bayerischen Volkspartei wird der Verlust, wenn die rheinpfälzischen Stimmen noch dazu kommen, etwas über 100 000 Stimmen (also 10 Prozent) betragen.

Die Deutsche Volkspartei, von der sich im rechtsrheinischen Bayern die Nationalliberale Landespartei des Herrn Lent mit 29 500 Stimmen abgesplitterte, erhielt am 6. April nur 5500 Stimmen. Selbst wenn man mit einem leidlich günstigen Resultat in der Pfalz rechnet, wird die Deutsche Volkspartei doch unter keinen Umständen die Stimmengiffer vom 6. Juni 1920, nämlich 222 000 Stimmen, erreichen. Sie wird froh sein können, wenn sie es auf die Hälfte bringt. — Was die Deutsche Demokratie betrifft, so wird der Zuwachs aus der Rheinpfalz zweifellos recht klein sein, so daß auch sie mit überaus schweren Verlusten aus dem Wahlkampf hervorgehen werden.

Die Vereinigte Nationale Rechte wird wahrscheinlich aus der Rheinpfalz noch jebiel Stimmen bekommen, daß sie ihren alten Bestiand (212 000 Stimmen) annähernd wahren wird. Und das Gleiche gilt für den Bauernbund, der allerdings in der Rheinpfalz keinen Boden hat, am 6. April aber im ganzen nur geringe Verluste zu erleiden hatte.

Die Hauptleidtragenden werden also ganz sicherlich sein: die Deutsche Volkspartei und die Deutschdemokraten, also das sog. liberale Bürgerum. Die Münchener sind die Deutschvölkischen, die bisher im Landtag überhaupt noch nicht vertreten waren. Sie werden es sicher auf über 500 000 Stimmen bringen. Diese Stimmen haben sie in erster Linie der Deutschen Volkspartei und den Demokraten, in zweiter Linie der Bayerischen Volkspartei und dem linken Flügel der Sozialdemokratie bzw. den Kommunisten, in dritter Linie erst (so in München) dem rechten Flügel der Sozialdemokratie weggenommen.

Auch dann, wenn man heute schon das mutmaßliche Ergebnis der pfälzischen Wahlen mitberücksichtigt, wird man bei der Zeitstellung bleiben können, daß die alte Mehrheit im Landtag nicht mehr aufrecht zu erhalten ist. Die Bayerische Volkspartei wird nicht mehr in der Lage sein, mit der Vereinigten Nationalen Rechten und der Deutschen Volkspartei eine Mehrheit zu bilden. Und auch der nochmalige Hinzutritt des Bauernbundes — ein Hinzutritt, der heute mehr als fraglich ist — wird die Bildung einer Mehrheit nicht möglich machen. Wie die Koalition auszuweisen hat, die Regierung übernehmen soll, das bleibt einstweilen eine vollkommen offene Frage. Es ist sonach zu begreifen, daß bereits von der Wahrscheinlichkeit neuer Wahlen gesprochen wird.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß der von der Bayerischen Volkspartei herbeigeführte Volksentscheid (Ernennung des Landtags, Verfassungsänderungen mit einfacher Mehrheit vorzunehmen) eine glatte Ablehnung erbracht hat. Nötig wäre eine Zweidrittelmehrheit der Stimmen gewesen; faktisch hat aber nicht einmal die Hälfte mit Ja gestimmt. Ganz sicher wirkt sich in diesem Ergebnis eine Abneigung gegen die Bayerische Volkspartei aus, ferner aber auch der Wunsch, es bei der alten Verfassung zu lassen und Änderungen dieser Verfassung im Sinne einer Rückwärtsrevision nicht von dem Zustandekommen einer einfachen Zustimmung abhängig zu machen. Für die monarchistischen Kreise, denen ja der mit besonderen Vollmachten ausgestattete Staatspräsident lediglich als Platzhalter des Kaisers Mittelweg galt, ist dieses Ergebnis überaus schmerzhaft. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß vor allem die Deutschvölkischen zusammen mit Sozialdemokraten und Kommunisten bei dem Volksentscheid gegen den Antrag der Bayerischen Volkspartei gestimmt haben. Denn sonst wäre es unmöglich, daß 1 264 000 Stimmen auf Nein lauteten.

Mag man die Dinge betrachten, wie man will, so ergibt sich als zwingender Gesamteindruck, daß die Wahlen der politischen Reife des bayerischen Volkes ein sehr schlechtes Zeugnis ausstellen. Es mag ein mehr rechtsstehendes Blatt sein, nämlich die „Badische Presse“ dem wir hier das Wort erteilen, um diese politische Unreife zu beleuchten. Das genannte Blatt schreibt im Leitartikel seiner gestrigen Abendausgabe folgendes:

„Wenn man jetzt rückblickend die bayerische, vor allem die Münchener Entwicklung seit der Revolution überblickt, so muß man doch zu dem Ergebnis kommen, daß sich nirgendwo sonst in Deutschland eine Bevölkerung so kritisch und hemmungslos von Schlagwortmäßiger Aufregung aus einem Extrem in das andere hat werfen lassen als vor allem die Bierstadt München. Fast ohne Übergang hat immer eine politische Welle die entgegengelegte abgelöst. Der kommunistischen Welle der Eisner-Zeit folgte die partikularistische Bewegung und dieser die deutschvölkische. . . . In solcher Rückschau verliert nicht nur für den gegenwärtigen Zustand Münchens und Bayerns, sondern auch für die ganze Entwicklung der letzten vier Jahre das Schlagwort von der „Ordnungsstelle“ jegliche Berechtigung. Ein solcher Maßstab hat nur da seine Berechtigung, wo sich mit einer festen Fundamentierung der äußeren Verhältnisse eine innere Konsolidierung der politischen Überzeugungen und Stetigkeit des Aufbauwillens verbinden — das könnte am ehesten noch das „badische Mutterland“ von sich sagen, das seit der Neuordnung der Verhältnisse als einziges deutsches Land noch keine Regierungskrisen zu verzeichnen hat — nicht aber da, wo eine geradezu hysterische Gemütsverfassung weiter Volksteile in plötzlichen Stimmungswechsel einen Rauschzustand auf den anderen folgen läßt.“

Das übrige Deutschland sollte sich endlich durch die bayerischen Erfahrungen etwas wikkigen lassen. . . . Ernsthafte bayerische Kreise werden sich gerade nach dieser Erfahrung nun auch gegenüber den Ausstrahlungen eines neuen Münchener Rausches mit reservierter Abwehr verhalten. Denn was kann auch Bayern aus dem Ergebnis dieser Landtagswahlen anderes als Unheil für sich erwarten? Bald schon wird sich zeigen, wie sehr die deutschvölkische Gruppe im bayerischen Landtag zur Arbeitsunfähigkeit und zur Abhängigkeit der Strafe dadurch verurteilt ist, daß der größte Teil ihrer Wähler sich aus jenen haltlosen unzufriedenen Existenzen zusammensetzt, die bisher zwischen Kommunisten und Unabhängigen herumherben, und daß die Zusammensetzung dieser Leute mit unzufriedenen und verzerrten bürgerlichen Elementen und mit jugendlichen nationalistischen Idealisten bald zu schwersten inneren Auseinandersetzungen und schnellen Auflösungserscheinungen führen muß. . . . Der bayerische Staat geht offenbar neuen schweren Erschütterungen entgegen. Wollen wir das Reich, das sich angesichts der kommenden außenpolitischen Entscheidungen solche Kämpfe der Selbstverleugung viel weniger gestatten kann, vor ähnlichem Bewahren, so müssen wir uns energisch gegen die anstehende Wirkung des jüngsten Münchener Rausches zur Wehr setzen.“

Wir haben diesen Worten der „Badischen Presse“ nichts hinzuzufügen.

Das vorläufige Wahlergebnis in Bayern

Über das Wahlergebnis wird aus München offiziell mitgeteilt: Die bereits bekannt gewordenen Zahlen über das Ergebnis der Landtagswahlen ermöglichen noch kein genaues Bild über die zukünftige Zusammensetzung des Landtags. Zunächst haben nimmere die Kreiswahlleiter die Ergebnisse zu prüfen und mit den Kreiswahlausschüssen die Ergebnisse in den Wahlkreisen, die den Regierungsbezirken entsprechen, festzustellen. Eine Berechnung auf Grund der vorläufigen Ergebnisse ergibt für diese Stufe des Verfahrens bei den Kreiswahlausschüssen folgendes Bild:

Bayerische Volkspartei 35 Sitze, Völkischer Bund 17, Sozialdemokratie 14, Bauernbund 6, Vereinigte Nationale Rechte 4, Kommunisten 3; zusammen 79 Sitze. Alle übrigen Parteien kommen bei dieser Aufstellung noch nicht zu einem Sitz.

Hiernach bleiben von den im rechtsrheinischen Bayern abgesehen von den Landtagsabgeordneten durch Wahl zu bezeichnenden 100 Sitzen noch 21 Restsitze. Diese werden mit den 15 Sitzen der Landesabgeordneten erst mit der Auszählung der Ergebnisse beim Landeswahlausschuss vergeben. Eine vorläufige Berechnung hierüber läßt sich jetzt noch nicht anstellen. Zunächst ist nämlich die Frage noch in der Schwebe, in welcher Weise das Ergebnis der Landtagswahl in der Pfalz vom 4. Mai in das Ergebnis aus dem rechtsrheinischen Bayern eingegliedert werden soll. Hierüber wird Donnerstag, den 10. April, der Ständige Ausschuss des Landtags sich schlüssig machen. Ferner sind in dieser Hinsicht noch einige Zweifel über die Zusammenrechnung der Kreiswahlausschüsse für die Pfalz (Befragung der Kreiswahlleiter und der Landesabgeordneten) vom Landeswahlausschuss zu lösen. Vor dessen Zusammen treten ist daher ein vollständiger Abschluß der Berechnung nicht anmöglich. Insbesondere können auch über die Person der Gewählten zur Zeit noch keine zuverlässigen Angaben gemacht werden.

Bei den Wicunverhandlungen in Düsseldorf erklärte die Sechserkommission, daß die durch das Abkommen mit der Rucum übernommenen Verpflichtungen weiterhin nicht getragen werden könnten. Der Ruhrbergbau verlasse aber nicht die große Bedeutung der Frage, daß die Arbeit im Ruhrgebiet nach dem 15. April möglichst störungslos weitergeführt werde. Die Sechserkommission erklärte sich deshalb für die Forderung, die Sachleistungen über den 15. April hinaus fortzusetzen, wenn die finanziellen Möglichkeiten hierfür geschaffen würden. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Am Freitag soll der „Frankf. Bzg.“ zufolge, erneut verhandelt werden.

Der Eisenbahnerstreik vermieden. Die in Berlin stattgefundenen Verhandlungen mit den Vertretern der Eisenbahnarbeiter haben zu einer vollen Einigung geführt, nachdem das Rucinet sich entschlossen hatte, der von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Erhöhung der Stundenlöhne in allen Gruppen des Wirtschaftsgebietes um sechs Pfennige nachzukommen.

Politische Neuigkeiten

Staatspräsidentenwahl in Württemberg

Der württembergische Landtag hat Dienstag nachmittags Staatspräsidenten gewählt. Von 89 anwesenden Abgeordneten wurden 50 gültige Stimmen abgegeben, davon 48 für Staatspräsident Nau, 39 Jettel waren unbeschieden. Der Gewählte, der bisher die Geschäfte des Arbeits- und Ernährungsministeriums geführt hat, ist parteipolitisch nicht hervorgetreten. Die Ressorts sind wie folgt verteilt: Nau, Arbeits- und Ernährungsministerium und Kultusministerium, Holz, Ministerium des Innern und der Finanzen, Beyerte wie bisher Justizministerium.

In der Vormittagsitzung war man zu keinem Ergebnis gekommen. Das Zentrum hatte die Auffassung vertreten, daß die bisherige Regierung die Geschäfte bis nach den Wahlen weiterführen sollte, der Redner der Demokraten erklärte jedoch, daß der bisherige Staatspräsident Dr. Sieber eine Wiederwahl ablehne. Der deutschnationale Redner verlangte, daß die Linksparteien, die die Neuwahl des Staatspräsidenten vorgeschlagen hatten, einen entsprechenden Vorschlag machen, während Sozialdemokraten und Demokraten erwiderten, daß dies Sache der die Regierung stützenden Parteien sei. Unter diesen Umständen mußten die Verhandlungen abgebrochen und die Sitzung auf nachmittags verlagert werden.

Die Wahlen in Italien

Nach dem Gesamtergebnis sind, wie die „Frankf. Ztg.“ aus Rom meldet, 375 Abgeordnete auf den beiden Regierungslisten gewählt worden, von denen 270 eigentliche Faschisten sind, die daher allein die Mehrheit haben. Immerhin erhalten die ehemaligen führenden Parteien, die beide gerade auf die Hälfte der Stimmenzahl von 1921 zurückgegangen sind: die Sozialisten (21 Uniterrier, 22 Maximalisten und 17 Kommunisten) sowie die Popolari mit 39 Mandaten eine Vertretung, die ihnen wenigstens eine grundsätzliche Betätigung erlaubt. Auch die Christlicher erhielten in Piemont, Ligurien, Umbria und Neapel ein hartes lokales Votum mit 18 resp. 12 Mandaten. Ellandi fiel nur Romoni durch. Die Demozionalen Di Carlo rückten mit 11, die Republikaner mit 7, die Deutschen mit 2 und die Slawen mit 2 Abgeordneten ein. Für die vereinigte deutsch-slawische Liste wurden in den beiden Venetien je 20 000 Stimmen abgegeben. Die Faschistenlisten erhielten mit 4 Millionen gerade die doppelte Stimmenzahl wie alle Minderheitslisten. Interessant ist, daß die Republikaner sich mit 125 000 Stimmen behauptet haben, die Kommunisten sogar von 285 000 auf 304 000 gestiegen sind, während die beiden übrigen sozialistischen Gruppen von 1 594 000 auf 796 000, die Popolari von 1 310 000 auf 645 000 zurückgegangen sind.

Der Faschismus verkündet nunmehr, durch die Wahl bewiesen zu haben, daß seine Regierung nicht auf Gewalt, sondern auf Zustimmung des Volkes gegründet sei, während die Opposition darauf hinweist, unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Lebenskraft bekundet zu haben. Nachdem die Regierung ihren Hoed erreicht hat, ihre Existenz durch ein bürgerliches Votum anerkennen zu lassen, sieht sie keinen Grund vorliegen, die neue Kammer eine größere Rolle spielen zu lassen als die alte, die an Gefügigkeit unmöglich zu übertreffen ist.

Auflösung des südafrikanischen Parlaments. Premierminister Smuts ist nach neueren Meldungen nicht zurückgetreten. Er hat den Kampf aufgenommen und teilte mit, daß das Parlament mit Bezug auf das Ergebnis der Erziehung in Balfourström (Transvaal), wo der Regierungsländchen gegen den Nationalisten unterlag, binnen einigen Tagen aufgelöst wird. Die Neuwahlen werden im Juni abgehalten werden.

Badischer Teil

„Der neue Eisenbahnpräsident“

Unter dieser Überschrift bringt der Residenz-Anzeiger in Karlsruhe in seiner Nr. 84 vom 8. April d. Js. die Nachricht, die Ernennung des Herrn Ministerialrats Dr. Max Koser in Berlin zum Präsidenten der Reichsbahndirektion Karlsruhe „sei tatsächlich an maßgebender Stelle hier von Berlin aus eingelaufen. Diese Stelle habe jedoch beim Reichsverkehrsministerium Vorstellungen wegen eines anderen Herrn erhoben“.

Wir beschränken uns auf die Feststellung, daß an dieser Mitteilung kein wahres Wort ist.

Freie Vereinigung für Polizeitechnik

Der Freien Vereinigung für Polizeitechnik in Karlsruhe, deren Gründung wir vor kurzem gemeldet haben, ist bereits eine größere Anzahl von Mitgliedern aus dem ganzen Lande beigetreten. Weitere maßgebende Persönlichkeiten aus Praxis und Wissenschaft haben sich, neben den Gründern, der Vereinigung als tätige Mitarbeiter zur Verfügung gestellt. Zum Geschäftsführenden Vorsitzenden der Vereinigung wurde der Leiter des Bad. Landesstrafmuseums, Herr Obermerrie, Oberleutnant Dieck gewählt, Schriftführer und Schatzmeister ist Polizeirat Klausmann in Karlsruhe. Der Freien Vereinigung für Polizeitechnik eröffnet sich ein umfangreiches Arbeitsgebiet; neben der Pflege der Polizei- und Kriminalwissenschaften, sowie des polizeilichen Bildungswesens wird sie sich auch im besonderen mit dem Ausbau und der Vervollständigung der polizeilichen Hilfsmittel befassen. Es steht zu erwarten, daß die für Staat und Gesellschaft gleichwertigen Bestrebungen der Vereinigung weitgehendes Verständnis und tatkräftige Förderung aller an ihren Aufgaben interessierten Kreise findet.

Prüfung für Landwirtschaftslehrer in Baden

Die Badische Landwirtschaftskammer hat am 14. und 15. März ds. Js. auf dem Versuchs- und Lehrgut Forstheim wie schon im letzten und vorletzten Jahre eine Prüfung von landwirtschaftlichen Lehrlingen abgehalten. Zur Prüfung zugelassen wurden zehn junge Leute, mit abgeschlossener praktischer Lehrzeit, welche auch alle den Anforderungen der Prüfung genügt und demgemäß für Bestanden erklärt wurden. — Mit der Abhaltung derartiger Prüfungen als ständige Einrichtung der Badischen Landwirtschaftskammer ist die Organisation des landwirtschaftlichen Lehrlingswesens auch in Baden geschaffen und in gesunde Bahnen gelenkt worden. Es können daran unbescholtene junge Leute aus Baden teilnehmen, welche eine mindestens zweijährige Lehrzeit auf badischen landwirtschaftlichen Betrieben durchgemacht haben. Zur Förderung der Berufsausbildung der jungen angehenden Landwirte ist es wünschenswert, daß das Interesse für diese Veranstaltungen wie bisher ein außerordentlich lebhaftes sein möge. Der Termin für die nächste Lehrlingsprüfung ist noch nicht endgültig festgelegt. Voraussichtlich wird eine solche wieder im Herbst dieses Jahres stattfinden.

Evang. Städtelkonferenz

ep. Am Dienstag fand vormittags 10 Uhr beginnend, die Versammlung der Vertreter der evang. Städtelkonferenzen im ebena. Gemeindehaus der Kirchengemeinde Karlsruhe-Mühlburg (zu den drei Linden) statt. Es war die 8. Tagung dieser Art. Die Verhandlungen wurden von dem Vorsitzenden der Städtelkonferenz Stadtpfarrer Daak geleitet. Es wurden vor allem eingehend die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kirchengemeinden, wie sie sich neuerdings gestaltet haben, besprochen, unter anderem die Dienstaufwandsentschädigung der Geistlichen, die Bezüge der Organisten, die Gehälter der Kirchendiener. Pfarrer Stappes erstattete einen Bericht über die Einrichtung von Jugend- und Wohlfahrtsämtern in den Großstadtkirchengemeinden. Dankbar wurde das freundliche Entgegenkommen und das schnelle Arbeiten der Finanzämter bei Aufstellung der Kirchensteuern anerkannt; vor allem wurde die Treue der Kirchenrenten bei Erfüllung ihrer steuerlichen Pflicht dankbar gerühmt. Den Verhandlungen wohnte seitens der Oberkirchenbehörde Oberkirchenrat Deede und Finanzamtmann Wals an; ersterer beteiligte sich häufig an der Aussprache und gab auf mancherlei Fragen Auskunft.

Kommunale Rundschau

Der Karlsruher Bürgerausschuß

beschäftigte sich am Dienstag mit der Milchversorgung und nahm eine Vorlage an, welche die Bildung einer Karlsruher Milchversorgung G. m. b. H. bewirkt, an der sich die Stadt mit 5000 M. beteiligen will. Die neue Form der Milchversorgung soll ab 1. April gelten. Die städtische Milchzentrale wird auf Grund eines Pachtvertrages an die neue Gesellschaft zum Betrieb überlassen. Das städt. Milchamt wird aufgehoben.

Bürgermeister Dr. Dorfmann teilte einige Änderungsanträge mit. Der eine, vom Stadtoberordnungsamt, wünscht die Streichung des Absatzes 2 im § 8, welcher lautet: „Von den drei städtischen Vertretern ernannt der Stadtrat zwei aus freier Mitte und einen auf Vorschlag der vereinigten Karlsruher Gewerkschaftsverbände“. Der Stadtoberordnungsamt schlägt vor, die drei Vertreter der Stadt aus dem Stadtrat, dem Bürgerausschuß und dem Stadtoberordnungsamt zum Milchversorgung der Stadt als Aufgabe zu überlassen. — Wahlen. — Die Sozialdemokratische Partei beantragt, die Erziehung der beabsichtigten G. m. b. H. zu unterlassen und die Bürgermeister Dr. Dorfmann wies darauf hin, daß Karlsruhe der Menge nach eine fast volle friedensmäßige Milchversorgung habe. In Karlsruhe gehen a. Jt. 57 000 Liter Milch ein. Davon entfallen auf inländische Gemeinden hauptsächlich badische, 25 000 Liter. Aus der Schweiz kommen 33 000 Liter. Von der Gesamtmenge werden durch das städt. Milchamt 42 300 Liter eingeführt, das sind rund 4. Die günstige Versorgung ist im wesentlichen auf die Sanierung unserer Milchzentrale zurückzuführen, die es ermöglicht, im Ausland zu kaufen. Die Stadt kann darauf hinweisen, daß Milchamt und Milchzentrale die Stadt nicht mit Zuschüssen belastet haben. Das städt. Milchamt hat seine Einrichtungen zum großen Teile abgeschrieben. Aus öffentlichen Gründen war eine Zentralisierung notwendig. Das Ziel der Stadt, die eine gut eingerichtete Milchzentrale besitzt, muß daher sein, diese zu erhalten und auszubauen.

In der Debatte erklärte Oberbürgermeister Dr. Winter, es solle Mannheim gar nicht ein, die Milchzentrale aufzuheben. Die Milchzentrale wurde aus hygienischen Gründen eingerichtet zu einer Zeit als vollkommene Freiheit bestand. In zahlreichen Städten haben Milchzentralen schon seit langem bestanden. Sie sind eine absolute Notwendigkeit von dem Augenblick an, in dem man gewöhnt ist, die Milch von großen Entfernungen zusammenzubringen. Wer solle sonst die Milch besorgen und die erforderlichen Gelder aufbringen? Sei ein Milchhändler in der Lage dieses finanzielle Geschäft zu besorgen? Bei dem § 8 handelte es sich darum, die Linke zu gewinnen, darauf solle die Rechte Rücksicht nehmen. Es dürfte sich bei diesem Sach empfehlen, ihn durch Gemeindefestsetzung festzulegen und aus dem Betrag herauszulassen. Die Zentrumspartei brachte einen Antrag ein, der sich mit dem Vorschlag des Oberbürgermeisters deckt.

Nach längerer Debatte wurde die Vorlage unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages und Weglassung des Absatzes 2 im § 8, sowie Billigung des Zentrumsantrages angenommen.

Aus der Landeshauptstadt

Die Sonntagsfahrkarte. Die zu Karfreitag und den beiden Osterfesten gelösten Sonntagsfahrkarten haben eine Gültigkeitsdauer von Gründonnerstag 12 Uhr mittags bis Ostermontag.

Einführung von Liegewagen 3. Klasse im Verkehr mit Berlin. Nachdem Liegewagen 3. Klasse bereits seit längerer Zeit zwischen Berlin und Stuttgart, München, Köln usw. verkehren, ist nunmehr deren Einführung mit Beginn des Sommerfahrplans am 1. Juni auch für den Verkehr über Frankfurt nach Berlin beabsichtigt. Die Liegewagen 3. Klasse werden voraussichtlich dem neugeführten Schnellzug D 45, Frankfurt ab 9.53 abds. (Karlsruhe ab 7.02, Mannheim ab 8.00 abds.) Berlin Friedr.-Str. an 8.38 vorm. beigestellt werden. Gegenüber dem Fahrpreis 2. Klasse Karlsruhe-Berlin einschl. Schlafwagen 2. Klasse mit zusammen 62,20 M. bedeutet der Gesamtfahrpreis 3. Klasse einschließlich Liegewagen 3. Klasse mit 38,30 M. eine nicht unerhebliche Verbilligung.

Kurze Nachrichten aus Baden

Der Reichswirtschaftsverband bildender Künstler Deutschlands e. V., dem etwa 8000 Mitglieder angehören, tagt am 4. und 5. Oktober in Karlsruhe.

Aus der Metallindustrie des Erzbezirks. Die Gehaltsverhandlungen haben nunmehr zu einem Einigungsentscheidungs geführt, wonach in den einzelnen Gruppen Spitzenlöhne von 105–250 M. gezahlt werden sollen. Wie die „Deutsche Bodensezeitung“ mitteilt, ist jedoch dieser Vorschlag von den Arbeitgebern abgelehnt worden, so daß nun die Entscheidung in Karlsruhe liegt. Die Forderungen in Singen sollen einer Anzahl ihrer Angestellten gefündigt haben, weil diese die Gehaltsvorschläge von Arbeitgeberseite ablehnten.

DZ. Mannheim, 5. April. Ein von den Franzosen am Bahnhof Redarstadt angelegenes Plakat macht darauf aufmerksam, daß im besetzten Gebiet (auch in Mannheim) Versammlungen unter freiem Himmel verboten sind. Abzuhalten Versammlungen müssen drei Tage vorher beim Delegierten in Ludwigshafen angemeldet sein.

DZ. Heidelberg, 8. April. Die Landesferienwarte teilt mit: Western mittags 1/2 Uhr wurde hier bei hellem Sonnenschein der Niedergang eines leuchtenden Meteors am östlichen Himmel beobachtet. Es zog in schneller Bahn mit breiter Spur laut laufend wie eine Granate, gegen Osten herunter. Nach Eindruck auf die Beobachter muß der Himmelskörper scheinbar in der Gegend des Rümmlerbach Hofes niedergegangen sein.

b. Eppingen, 7. April. Mit der Veranstaltung von Volkshochschulfunk in dieser Stadt kam Regierungsbaumeister Haible einem allseitigen Verlangen entgegen. Mit reger Anteilnahme wählten die Zuhörer den allwöchentlichen Vorträgen an, die alle Gebiete berühren: Technik, Witterungsstudie, Musik, bildende Kunst, Volkskunde. Daß der letzte Vortrag vor Ostern über Hans Thoma Anlaß werden konnte zur Gründung einer Ortsgruppe des Landesvereins „Bad. Heimat“ zeugt am besten von dem Erfolg, der diesen Volkshochschulfunk beschieden war. Im Auftrage des Landesvereins werden die Vorträge fortgesetzt; unter der Leitung des Vorstandes der dortigen Ortsgruppe, Haible, wird die Heimatkunde des Reichslands weitere Fortschritte machen.

DZ. Airm, 5. April. Aus Furcht vor Strafe, weil er sein Geld verloren hat, erhängte sich hier ein 13-jähriger Junge.

DZ. Rehl, 3. April. Das Ergebnis der Sammlung für die Opfer der Explosionskatastrophe in der Brillefabrik betrug seitens der Banken, Sparkassen und einzelnen Beamtengehilfen 2483 Goldmark, in welcher Summe das Ergebnis der vom Gewerkschaftsamt in den Betrieben veranstalteten Sammlung noch nicht enthalten ist, desgleichen noch nicht die Gabe des badischen Staates, der Interalliierten Rheinlandskommission und der Besatzungstruppen.

DZ. Unterhachingen, 6. April. Der Verein für Pfahlbauten und Heimatkunde hielt am vergangenen Sonntag seine Generalversammlung ab, in der der Vorstand des Vereins ein Bild über die bisher geleistete Tätigkeit gab. Die beiden Pfahlbauten in der diesjährigen Nacht wurden im vergangenen Sommer von rund 10 000 Personen besucht. Der Wert der Bauten mit den darin untergebrachten Sammlungen wird auf circa 6000 Mark geschätzt. Bürgermeister Sulger, der Vorsitzende des Vereins, dessen Arbeit die Entdeckung des Unternehmens zu verdanken ist, erklärte sich bereit, auf ein weiteres Jahr die Vorstandsgehalte zu übernehmen.

DZ. Radeberg, 4. April. Der unermüdbaren tatkräftigen Bemühung der Stadtverwaltung ist es gelungen, eine Reichsbanknebenstelle Radolffzell zu erhalten, die der Reichsbankstelle Konstanz untersteht. Die Gehaltskategorie der Reichsbanknebenstelle befindet sich imormaligen Bankhaus Scherer am Marktplatz, das zu diesem Zweck von der Stadtgemeinde Radolffzell käuflich erworben wurde.

DZ. Friedrichshafen, 8. April. Das neue Badeneseckel, des, wie wir kürzlich berichtet, nach Konstanz verbracht und dort auf den württembergischen Transportwagen verladen worden war, ist jetzt hier eingetroffen. Am Montag sollte mit der Kabellegerung begonnen werden, d. h. mit der Auslegung des stärker armerierten Seils an Land in Romanshorn und derjenigen Teile, die bis zum tiefer gelegenen Seggring führen, also hier bis etwa zum Läuertel vor dem Tannberg, worauf die Leitung des Hauptseils folgt. Die Richtung, die dieses nimmt, ist mit Bojen abgesteuert. Die erste liegt etwa zwei Kilometer vom Land entfernt, die zweite in der Semette, die dritte bei Romanshorn. Die Kräfte sind werden durch eine Ruffe mit dem Hauptseil verbunden. In diesem sind 40 Leitungen zusammengelegt, 28 Telephon- und 12 Telegraphenleitungen. Für die Auslieferung der Kabellegerung werden in Dienst gestellt der Dampfer „Württemberg“, Kahn I, der mit den erforderlichen Maschinen ausgestattet ist, ein Dampfschiff (Motorboot) und die Barasse „Büchhorn“.

W.L.B. Ludwigshafen, 7. April. Eine sozialdemokratische Parteikonferenz hat sich mit der Aufstellung der Kandidaten für die Reichstags- und Landtagswahlen beschäftigt. Es wurden gewählt als Kandidaten für die Reichstagswahlen der bisherige Abg. Hoffmann-Kaiserslautern und der Wüchbacher Jacobshagen-Ludwigshafen, als Landtagskandidaten Körner-Ludwigshafen, Klement-Kaiserslautern, Leubardt-Kaiserslautern, Schwarz-Weibrücken, Frau Wolf-Speyer, Hartmann-Neustadt a. d. S. und Bürgermeister Sang-Frankenthal. Neuaufgestellt sind von den Benannten Jacobshagen, Sang und Frau Wolf.

W.L.B. Eppingen b. Landau, 7. April. Heute Nacht ist der Bürgermeister Bierle, ein früherer Separatistenführer, von dem Gendarmeriepostwachmeister Beutner erschossen worden. Der Bürgermeister hatte mit einigen Würgern über die Polizeistunde hinaus in einer Wirtshaus geteilt, wo der Wachmeister Ruhe gebot. Hierbei kam es zu Tätlichkeiten, in deren Verlauf der Wachmeister zum Revolver griff und den Bürgermeister tödlich traf. Beutner wurde in Untersuchungshaft genommen und nach Landau verbracht.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

in Millionen Mark

	9. April		8. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	1 566 100	1 573 900	1 566 100	1 573 900
Kopenhagen	698 200	701 800	698 200	701 800
Italien	187 000	188 000	187 000	188 000
London	18 205 000	18 295 000	18 205 000	18 295 000
Newyork	4 190 000	4 210 000	4 190 000	4 210 000
Paris	253 400	254 500	245 400	246 500
Schweiz	732 200	735 800	732 200	735 800
Brag	127 100	127 900	127 100	127 900
Wien (100 Kronen)	60 800	61 200	60 800	61 200

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Staatsanzeiger

Die erste juristische Prüfung im Frühjahr 1924

Auf Grund der im Frühjahr 1924 abgelegten ersten juristischen Prüfung sind folgende Rechtskandidaten zu Referendaren ernannt worden:

Bachlein Heinrich aus Konstanz, Bauer Hans aus Freiburg, Puhlinger Richard aus Baden-Baden, Frank Emil aus Hochhausen, Fuchs Herbert aus Karlsruhe, Haber Friedrich aus Stetefeld, Goebels Heinrich aus Ludwigshafen, Zeh Friedrich aus Karlsruhe, Jäger Wilhelm aus Achern, Jelsch aus Bruchsal, Jele Hellmuth aus Konstanz, Jübler Immo aus Schopfheim, Kamps Erich aus Mannheim, Klauer Hermann aus Schönau, Klingler Georg aus Sandhausen, Kolmerer Max aus Meersburg, Dr. Merkel Lorenz aus Jffezheim, Moch Verold aus Rottenweier, Müller Otto aus Heidelberg, Ners Oskar aus Mannheim, Neureither Gustav aus Handshühheim, Runge Sigismund aus Schwetzingen, Schieder Hans aus Dresden, Schneider Herbert aus Karlsruhe, Schäffel Walter aus Mannheim, Schöen Hubert aus Hagenau, von Schroeter Hans Christoph aus Karlsruhe, Schulz Erich aus Konstanz, Seyppel Friedrich aus Karlsruhe, Siebert Hermann aus Waldshut, Stelberger Fritz aus Karlsruhe, von Staeger Hans Gottfried aus Freiburg, Tellenbach Nikolaus aus Groß-Lichterfelde, Wild Wilhelm aus Schönau, Wolf Erwin aus Landau, Jlebold Oskar aus Emmendingen.

Karlsruhe, den 9. April 1924

Der Justizminister
Frunt